



11.13

Editorial

Gesellschaft

Welche Leistungen nützen den Familien wirklich?

Kommunale Stiftungslandschaft in Deutschland

Soziale Teilhabe durch Mode für Menschen mit Down-Syndrom

Demografie

Was bedeutet Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen?

Gesundheitswirtschaft

Braindrain im Arztberuf – Mythos oder Tatsache?

Telemedizin in Kanada – ein Wachstumsmarkt

Europa

Die Europäisierung des alltäglichen Lebens

Wie können sozial innovative Projekte aussehen?

Management

Studie zur Wirkung des freiwilligen CSR-Engagements von Unternehmen

Technologie

Dreidimensionales Drucken

Materialien

Daniels, Katharina/Engeser, Manfred/Hollmann, Jens: Sieg der Silberrücken

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

diejenigen, die sich für europäische Fördermittel interessieren, werden bereits bemerkt haben, dass im kommenden Jahr einige Veränderungen bevorstehen. Die aktuelle EU-Förderperiode mit der Laufzeit 2007-2013 läuft Ende dieses Jahres aus. Ab 2014 gelten neue Regeln für alle EU-Förderprogramme – sowohl für die EU-Strukturfonds, die regional vergeben werden, als auch für die europaweiten EU-Aktionsprogramme. Die Vorschläge der Europäischen Kommission liegen bereits seit längerem vor und sind von der noch ausstehenden formalen Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens der EU abhängig. Sie sind eingebettet in die Strategie Europa 2020, die auf intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Europa abzielt. Kern der Strategie sind fünf Ziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Bildung, Armutsbekämpfung und soziale Integration sowie Klimaschutz/Energie.

Im Rahmen der europäischen Kohäsionspolitik zur Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU kommt den EU-Strukturfonds eine entscheidende Rolle zu. Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds werden zwischen 2014 und 2020 voraussichtlich Investitionen und Projekte in Höhe von insgesamt rund 322 Mrd. Euro finanziert. Die EU-Mittel müssen zusätzlich durch öffentliche Mittel in den Mitgliedstaaten ergänzt werden, was weitere Investitionssummen nach sich zieht. Etwa die Hälfte der EU-Strukturfondsmittel ist für weniger entwickelte Regionen reserviert, deren Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner unterhalb der Schwelle von 75 Prozent des EU-Durchschnitts liegt.

Mindestens die Hälfte der Fördergelder aus dem EFRE müssen auf regionaler Ebene für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Forschung und Innovation sowie die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen ausgegeben werden. In stärker entwickelten Regionen sind sogar 80 Prozent der EFRE-Mittel für diese drei Bereiche zweckgebunden. Eine weitere Vorgabe betrifft die Quartiersentwicklung in Städten: In allen EU-Regionen sollen jeweils mindestens 5 Prozent der Mittel für dieses Thema bereitgestellt werden. Darüber hinaus können Projekte unter anderem in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltige Verkehrsinfrastrukturen sowie Bildung und Beschäftigung gefördert werden.

Der Europäische Sozialfonds wird ab 2014 für die Förderung der Beschäftigung und der Mobilität der Arbeitskräfte, der Armutsbekämpfung, für Bildung und Qualifizierung eingesetzt. Mindestens 20 Prozent der ESF-Mittel einer Region sollen für Maßnahmen zur sozialen Eingliederung verwendet werden, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die am meisten benachteiligten Gruppen, wie zum Beispiel Migranten, gezielt zu fördern.

Welche Prioritäten in welcher Region mit welchem Budget gefördert werden, wird auf regionaler Ebene, in Deutschland also in den Bundesländern, festgelegt. Die Landesministerien erarbeiten zurzeit die so genannten Operationellen Programme für den Einsatz der Strukturfonds in ihrer Region. Diese müssen anschließend der EU-Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Programme fügen sich in ein übergeordnetes „Partnerschaftsabkommen“ zwischen der Kommission und der Bundesregierung ein. Bis alle Dokumente formal angenommen sind, werden wahrscheinlich noch einige Monate vergehen. Erste Ausschreibungen für

neue Fördermaßnahmen sind daher nicht vor Ende des ersten Quartals 2014 zu erwarten.

Aber nicht nur die EU-Strukturfonds sind von der Neuordnung der EU-Förderung im Rahmen der neuen Förderperiode betroffen, sondern auch die zahlreichen EU-Aktionsprogramme, die jeweils fachspezifische Projekte mit einer europäischen Dimension unterstützen.

Generell lässt sich die Tendenz erkennen, dass Förderprogramme, die bereits bei der letzten Reform von 2007 zu größeren Rahmenprogrammen zusammengefasst wurden, nun erneut mit anderen Rahmenprogrammen fusionieren. So ist zum Beispiel das EU-Programm im Bildungsbereich („Programm Lebenslanges Lernen“) in der Förderperiode 2007–2013 aus mehreren Einzelprogrammen wie „Erasmus“ oder „Leonardo da Vinci“ entstanden. In der neuen Förderperiode 2014–2020 wird das Programm Lebenslanges Lernen nun mit dem ebenfalls seit 2007 bestehenden Rahmenprogramm „Jugend in Aktion“ und der Sportförderung zusammengelegt. So entsteht unter dem Namen „Erasmus+“ ein Rahmenprogramm mit einem noch größeren Themenspektrum. Die gleiche Entwicklung erfährt auch das neue „Programm für Beschäftigung und soziale Innovation“, das aus dem 2007 errichteten Rahmenprogramm für Soziales („Progress“), der Europäischen Arbeitskräftevermittlung Eures und dem Europäischen Mikrofinanzinstrument hervorgeht.

Das Thema Europa findet sich auch in der aktuellen Ausgabe der trend informationen wieder. Eine Konferenz in Brüssel widmete sich vor dem Hintergrund der neuen EU-Förderperiode und der Strategie Europa 2020 der Frage „Wie können sozial innovative Projekte aussehen?“. Ein anderer Beitrag untersucht „Die Europäisierung des alltäglichen Lebens“ und stellt fest, dass zahlreiche Errungenschaften der EU für viele Europäerinnen und Europäer bereits zum Alltag gehören.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Redaktion

Wenn Sie darüber hinaus Interesse an der neuen EU-Förderperiode 2014–2020 und aktuellen Fragestellungen der EU im Bereich Soziales haben, empfehlen wir Ihnen die [Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2013](#) mit dem Schwerpunktthema Europäische Union. Darin enthalten sind unter anderem ein Artikel des Europareferenten der Bank für Sozialwirtschaft in Brüssel, Henning Braem („Geld aus Brüssel: Die neue Förderpolitik der Europäischen Union ab 2014“, S. 174–178) und ein Beitrag über das Paket zu Sozialinvestitionen von Wolfgang Egert („Auf dem Weg zu einer europäischen Sozialpolitik“, S. 167–169).

Gesellschaft

Welche Leistungen nützen den Familien wirklich?

In den letzten Jahren sind eine Reihe familienpolitischer Neuerungen beschlossen worden, so etwa der Ausbau der Kindertagesbetreuung und das Elterngeld, um nur zwei zu nennen. Zusammen mit den bisher bestehenden Maßnahmen betragen die Ausgaben für ehe- und familienbezogene Leistungen (156 an der Zahl) im Jahr 2010 rund 200 Milliarden Euro. Mit der systematischen Evaluierung der Maßnahmen und ihrer Wirkung hat die Bundesregierung im Jahr 2009 mehrere Forschungseinrichtungen beauftragt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), das ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München sowie das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) haben dabei insbesondere untersucht, welche Maßnahmen positiv auf die familienpolitischen Ziele wirken und ob Zielkonflikte hinsichtlich der Effektivität verschiedener Maßnahmen bestehen. Die „Zentralen Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen“ sind im Oktober 2013 im Rahmen des DIW-Wochenberichts veröffentlicht worden und [hier](#) abrufbar.

Vorgehensweise der Gesamtevaluation

Die Wirksamkeit und das Zusammenwirken von Maßnahmen ist im Hinblick auf fünf familienpolitische Ziele untersucht worden: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (im Sinne partnerschaftlicher Teilung der Arbeit), die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität der Familien, die frühe Förderung von Kindern, die Erfüllung von Kinderwünschen sowie den Nachteilsausgleich zwischen Familien. DIW, ifo Institut, und ZEW wirkten an mehreren von insgesamt elf thematischen Modulen mit, in denen in Form von Einzelstudien Ursache-Wirkungs-Beziehungen geprüft wurden. Da die Forschungseinrichtungen unterschiedliche Methoden aus den Sozialwissenschaften und der Ökonomie anwendeten, kann von einer relativ hohen Validität der Studienergebnisse ausgegangen werden. Eine Reihe klarer Linien in den Studien erlauben es den drei Instituten, einige gemeinsame politische Handlungsempfehlungen auszusprechen.

Förderung der Kindertagesbetreuung ausbaufähig

Die besten Ergebnisse bei der Evaluation aller familienbezogener Leistungen erzielte die öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Sie erreichte bezüglich aller Ziele positive Effekte. Sie erleichtert die Erfüllung von Kinder- sowie Erwerbswünschen und trägt dazu bei, dass eine verkürzte Erwerbspause von Müttern die wirtschaftliche Situation der Familie verbessert. Gemäß Schätzungen des ifo Instituts führte die Ausweitung der Kindertagesbetreuung um zehn Prozentpunkte in den Folgejahren zu einer Zunahme der Geburtenrate um etwa drei Prozent. Förderlich für die Einkommenssituation der Familien ist insbesondere die staatliche Subventionierung der Kindertagesstätten, die verhindert, dass Mütter etwa aufgrund finanzieller Sorgen die Betreuung der Kinder selbst leisten. Dies betrifft vor allem Familien mit niedrigen Einkommen: Die Beschäftigungsrate der Mütter mit Kindern im zweiten Lebensjahr würde sich in dieser Einkommensgruppe von heute 37 Prozent auf 27 Prozent verringern, wenn die Förderung wegfiel. Der Anteil von Müttern mit Kindern im dritten Lebensjahr würde sich von 55 auf rund 44 Prozent reduzieren. Für Mütter mit Kindern im ersten Lebensjahr ergäbe sich keine relevante Veränderung, da die meisten Familien in dieser Zeit das Elterngeld in Anspruch nehmen. Bei guter Qualität verbessere

die Kindertagesbetreuung zudem die frühkindliche Entwicklung, was das DIW tiefergehend analysiert hat. Schließlich ist die Kosten-Nutzen-Relation der Kindertagesbetreuung vorteilhaft, da die durch die erhöhte Erwerbstätigkeit der Mütter generierten Steuermehreinnahmen bis zur Hälfte der direkten Kosten des Ausbaus der Kindertagesbetreuung refinanzieren.

Eltern- und Kindergeld unterschiedlich wirksam

Die Einführung des Elterngeldes hat positive Anreize für die partnerschaftliche Arbeitsteilung geschaffen, so das einheitliche Fazit der drei Forschungsinstitute. Die Einkommen der Familien mit Kindern im ersten Lebensalter ihrer Kinder sind insgesamt gestiegen, da deutlich mehr Mütter im zweiten Lebensjahr wieder in den Beruf zurückkehren. Erwerbsunterbrechungen von Müttern haben sich erheblich verkürzt, was zu geringeren Lohneinbußen infolge von längeren Erwerbspausen führt und langfristig höhere Altersbezüge generieren kann. Insbesondere die Regelung der „Partnermonate“ stärkt die partnerschaftliche Aufteilung der Familienerwerbszeit. Viele Mütter nutzen die Elternzeit der Väter so für den Wiedereinstieg in den Beruf. Das Elterngeld sollte somit laut den Wissenschaftlern weiter ausgebaut werden, etwa durch zusätzliche Anreize, während der Elternzeit in Teilzeit zu arbeiten oder durch einen stärkeren Ausbau der Vätermo-nate.

Mit dem Kindergeld hingegen gehe primär ein Einkommenseffekt einher. Jährlich werden rund 38 Mrd. Euro, der größte Kostenblock innerhalb aller familienpolitischen Leistungen, für das Kindergeld ausgegeben. Das Erwerbsverhalten in den Familien wird dadurch jedoch kaum beeinflusst. Allenfalls verbessert die Leistung die „Wohlstandsposition von Familien mit mittleren und hohen Einkommen“ (S. 10). Um das Armutsrisiko von Familien zu vermindern, taugt dieses Instrument kaum. Ein Ausbau des Kindergeldes hätte insofern keine zureichenden Wirkungen auf die familienpolitische Weiterentwicklung. Daher sollte, so das Fazit der Wissenschaftler, das Kindergeld nicht erhöht werden.

Steuerliche Vorteile überholt

Steuerliche Vorteile haben gemäß der Studie nur sehr bedingt positive Effekte auf familienpolitische Ziele. Allenfalls die Absetzbarkeit von Betreuungskosten sind als Beispiel genannt, dessen wirtschaftlicher Vorteil sich aber in Maßen hält. Das aktuell bestehende Ehegattensplitting hat erheblich negative Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung eines der Ehepartner, zumeist der Frauen. Das Ehegattensplitting senkt die Erwerbsquote verheirateter Mütter mit Kindern unter zwölf Jahren deutlich. Die beitragsfreie Mitversicherung des Ehepartners und die Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung forcieren diesen Effekt noch mehr. Damit wird insbesondere das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf konterkariert. Die Empfehlung der Forscher richtet sich daher auf die Einführung eines gedeckelten Realsplittings. Dieses kommt einer Individualbesteuerung zuzüglich einer sich am Unterhaltsfreibetrag für Geschiedene orientierenden Regelung gleich. Dabei soll die Steuerlast, insbesondere bei Familien mit hohen Einkommen, ausreichend hoch ausfallen, um die Arbeitsanreize der Familien zu erhöhen. Die zusätzlichen Steuereinnahmen sollen wiederum in familienpolitische Maßnahmen fließen, bei denen weniger Zielkonflikte vorliegen.

Insgesamt, so das Fazit der Forscher, sollten die wirksameren Instrumente, also die öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung und das Elterngeld, weiter ausgebaut werden, während insbesondere beim Kindergeld und bei der steuerlichen Behandlung von Familien durchgreifende Reformen die deutsche Familienpolitik effektiver machen könnten.

Kommunale Stiftungslandschaft in Deutschland

Stiftungen sind in Deutschland für die Bewältigung der aktuellen und künftigen Herausforderungen unseres Gemeinwesens ein unverzichtbares Element. Die rund 19.500 rechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts treten insbesondere im sozialen Bereich zunehmend als Innovations- und Impulsgeber, finanzielle Säule sowie Projektträger in Erscheinung. Betrachtet man die Entwicklung seit der Wiedervereinigung Deutschlands, ist ein wahrer Stiftungsboom zu konstatieren. So wurde fast die Hälfte der etwa 19.500 rechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts in den letzten zehn Jahren gegründet. Seit 1990 hat sich deren Anzahl sogar nahezu vervierfacht.

Belastbare Daten über kommunale Stiftungen bisher nicht verfügbar

Wenig bekannt war bisher über kommunale rechtsfähige Stiftungen. Hierbei handelt es sich um Stiftungen, deren Zweck zum Aufgabenbereich einer kommunalen Gebietskörperschaft gehört (z. B. Jugendclub) und die von dieser Gebietskörperschaft verwaltet werden. Um die Wissenslücke ein wenig zu schließen sowie um Impulse für mehr stifterisches Engagement im kommunalen Bereich zu geben, initiierte der Arbeitskreis Kommunales im Bundesverband Deutscher Stiftungen die Studie „Kommunale Stiftungen in Deutschland – Bestandsaufnahme, Chancen und Herausforderungen“. Neben allgemeinen Angaben zur kommunalen Stiftungslandschaft (z. B. Anzahl der kommunalen Stiftungen und Stiftungszwecke) enthält die Studie auch einen Überblick über Entscheidungsstrukturen sowie Verwaltungsmodelle und -praktiken. Die Ergebnisse basieren auf einer Datenbankauswertung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, einer schriftlichen Befragung unter 935 kommunalen Stiftungsverwaltungen und Stiftungen sowie sieben leitfadengestützten Experteninterviews. Im Folgenden sind einige Ergebnisse der Studie kurz zusammengefasst.

Anzahl der kommunalen Stiftungen in den letzten Jahren gestiegen

Die Anzahl der kommunalen rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts hat sich von 647 im Jahr 1990 auf 1.237 im Jahr 2012 erhöht und somit in den letzten 20 Jahren fast verdoppelt. Am starken Wachstum des deutschen Stiftungswesens insgesamt waren die kommunalen Stiftungen folglich aber nur unterproportional beteiligt. Da die meisten kommunalen Stiftungen von privaten Stiftern ins Leben gerufen werden, ist die steigende Anzahl nach Ansicht der Autoren wahrscheinlich auf den zunehmenden Wohlstand bzw. das wachsende Privatvermögen zurückzuführen. Die regionale Verteilung ist sehr heterogen. So reicht die Spanne aktuell von 0,5 Stiftungen je 100.000 Einwohner in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg bis zu 4,1 Stiftungen je 100.000 Einwohner in Bayern.

Größtenteils nur geringes Stiftungskapital

In Bezug auf den Stiftungszweck widmen sich 45 Prozent der kommunalen Stiftungen sozialen Zwecken. An zweiter Stelle folgen Kunst und Kultur mit 19 Prozent. Relativ selten werden die Bereiche Wissenschaft und Forschung sowie Umweltschutz gefördert. Zur Umsetzung ihrer fördernden und/oder operativen Tätigkeit steht den meisten kommunalen Stiftungen nur ein geringes

Vermögen zur Verfügung. Zwar weisen 77 Prozent der Stiftungen ein Stiftungskapital von bis zu 1 Million Euro auf. Allerdings haben mehr als ein Drittel aller kommunalen Stiftungen nur ein Vermögen von weniger als 100.000 Euro und 21 Prozent sogar von höchstens 50.000 Euro zur Verfügung. Nur wenige Stiftungen (circa 2,5 Prozent) halten ein Stiftungskapital zwischen 10 und 100 Millionen Euro. Verwaltet werden die kommunalen Stiftungen und damit auch das Stiftungskapital zu 80 Prozent direkt von der Kommune, d. h. von Fachämtern und Dezernaten oder von eigens eingerichteten Abteilungen für Stiftungsverwaltung.

Verbesserungsbedarf in Sachen Transparenz und Kooperationen

Ein Verbesserungsbedarf besteht bei den kommunalen Stiftungen in Bezug auf die Transparenz. So wird beispielsweise nur von 32 Prozent der befragten Stiftungsverwaltungen ein Jahresbericht veröffentlicht. Gleiches gilt für Kooperationen mit Stiftungen und anderen gemeinnützigen Organisationen, Unternehmen oder staatlichen Einrichtungen. Nur bei 35 Prozent der befragten Stiftungen bestehen Kooperationen mit anderen Organisationen.

Vermögensanlage aktuell die größte Herausforderung

Als größte Herausforderung wird von den kommunalen Stiftungen aktuell die Vermögensanlage angesehen. Das eher konservative und sicherheitsorientierte Anlageverhalten in Verbindung mit der derzeitigen Niedrigzinsphase führt zu sinkenden Erträgen. Auf externen Sachverstand, z. B. von bankunabhängigen Beratern, wird von den kommunalen Stiftungen aber selten zurückgegriffen.

Basierend auf den Studienergebnissen kommen die Autoren zu dem Fazit, dass in dem Bereich der kommunalen Stiftungen weitere Forschung notwendig ist. Zudem plädieren sie für einen verstärkten Austausch zwischen den Stiftungsverwaltungen um die kommunale Stiftungspraxis durch gegenseitiges Lernen weiterzuentwickeln.

Die Studie „Kommunale Stiftungen in Deutschland – Bestandsaufnahme, Chancen und Herausforderungen“ (79 S; Bundesverband Deutscher Stiftungen) steht [hier](#) zum Download bereit.

Soziale Teilhabe durch Mode für Menschen mit Down-Syndrom

Zwei junge Münchner Modedesigner gründeten mit ihrer Kollektion „Hemdless“ ein Label, das den besonderen Körperbau von Menschen mit Trisomie 21 berücksichtigt. In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) vom 22. September 2013 erschien eine Reportage von Lisa Goldmann zu diesem Projekt. Außerdem berichtete der Bayerische Rundfunk im Mai 2013 in seinem Online-Nachrichtenportal über das Projekt „Hemdless“. Die Inhalte dieser Berichte sind im Folgenden zusammengefasst.

In der Modeindustrie sind Kleidergrößen genormt, damit sie eine industrielle Anfertigung zu günstigen Produktionskosten ermöglichen. Der Körperbau von Menschen mit Behinderungen ist dagegen so individuell, dass sich Konfektionen wirtschaftlich meist nicht lohnen würden. Außer den anerkannten Marken „Rolli-Moden“ und „Rollitext“ für Rollstuhlfahrer gibt es bisher keine spezialisierten Bekleidungshersteller, die modische Aspekte berücksichtigen.

Besondere Schnitte und hilfreiche Accessoires

Die Ware von der Stange passt Menschen mit Down-Syndrom oft nicht, weil sie meist weitere Kragen, einen breiteren Rumpf und kürzere Ärmel benötigen. Größere Knöpfe und schräge Knopflöcher sind außerdem hilfreich, wenn die Feinmotorik nicht so ausgeprägt ist. Was derzeit an Kleidung angeboten wird, ist meist praktisch, hat aber mit Mode nicht viel zu tun: „Gummizug, weite Schnitte, leicht waschbare Stoffe“. „Einfach scheußlich“, findet Jürgen Rossmann, der Leiter des Betreuungszentrums Steinhöring bei München im FAS-Interview. „Die will kein Mensch tragen, mit oder ohne Behinderung.“ Echte soziale Teilhabe dagegen schließe auch modische Kleidung mit ein, ohne die sich Menschen mit Behinderungen besonders ausgegrenzt fühlen.

Dabei könnten die Besonderheiten von Menschen mit Trisomie 21 durchaus in einer serienmäßigen Bekleidungskollektion berücksichtigt werden. In Deutschland leben 50.000 Menschen mit Down-Syndrom, die potenziell an gut sitzender und gut aussehender Kleidung interessiert sind. „Natürlich sehen sie fern und folgen Modetrends wie jeder andere auch“, meint Rossmann in der FAS-Reportage. Eine Hilfsorganisation, das „Deutsche Down-Syndrom InfoCenter“, habe bereits angefangen, Körpermaße von Menschen mit Trisomie 21 zu sammeln, um die Voraussetzungen für eine solche Konfektion zu schaffen. 500 Personen hätten sich bisher beteiligt. Wenn diese und weitere Daten verwendet würden, könnte eine Produktion in Serie gehen.

Inklusives Design statt Ausgrenzung

„Inklusives Design“, also Designermode für Menschen mit Down-Syndrom – das ist die Vision von Lisa Polk (29) und Christian Schinnerl (23), zwei Modedesignern aus München. Gemeinsam absolvierten sie die Meisterschule für Mode in München, als sie sich auf einer Autofahrt zu einer Modemesse in Antwerpen darüber unterhielten, wie schwer es für Schinnerls Onkel mit Trisomie 21 ist, passende Kleidung zu finden. Polk meinte, dass sicher viele Leute dieses Problem haben und man da doch ein passendes Angebot entwickeln könne. Aus der Idee wurde eine konkrete Aktion: Polks Mutter arbeitete im Betreuungszentrum Steinhöring bei München, in dem Menschen mit Down-Syndrom leben. Sie stellte den Kontakt zu der Einrichtung her und eine ungewöhnliche Mode-Session begann.

Für fünf Bewohner der Betreuungszentrums Steinhöring schneiderten Lisa Polk und Christian Schinnerl Hemden nach Maß – auf eigene Kosten und im Eigenbetrieb. Das Maßnehmen, die Anproben und das finale Fotoshooting wurden ein voller Erfolg. Die fünf Teilnehmer waren begeistert. Polk und Schinnerl gründeten daraufhin ein Modelabel, das sie „Hemdless“ nennen, in Anspielung auf den Mangel an Garderobe für Menschen mit Trisomie 21. „Wir wollten etwas komplett Neues machen, ein sinnvolles und soziales Projekt jenseits der gängigen Modeklischees und Schönheitsvorstellungen“, sagt Christian Schinnerl der FAS-Redakteurin. Jeder Mensch solle Kleidung finden, die ihm gut passt und in der er sich wohl fühlt. „Die Mode muss sich der Vielfalt anpassen, nicht umgekehrt“, findet Lisa Polk und betont: „Das ist bei uns kein Werbegag, wir wollen echte Teilhabe.“

Von der Maßanfertigung zur Serienproduktion?

Als nächsten Schritt wollen die beiden Designer eine Brücke zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen schlagen. Dazu haben sie das „6. Hemd“ entworfen, einen Prototypen für ein Konfektionsmodell, das gleichermaßen von Menschen mit und ohne Trisomie 21 getragen werden kann. Mit Tunnelzügen sollen sich dabei die Längen der Ärmel und des Rumpfes sowie die Kragenweite individuell einstellen lassen. Ein Investor, der das Label finanziell unterstützt, wird nun gesucht, um die Kleidung serienmäßig produzieren zu können.

Fotos und weitere Informationen zur Kollektion „Hemdless“ sind auf der Homepage www.hemdless.com veröffentlicht.

Den Artikel von Lisa Goldmann „Mode, Maße und das 6. Hemd“ aus der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) vom 22. September 2013 finden Sie [hier](#). Der Bericht des Bayerischen Rundfunks „Designermode für Menschen mit Down-Syndrom“ (Stand: 21.05.2013) ist [hier](#) abrufbar.

Demografie

Was bedeutet Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen?

Der Bevölkerungsrückgang in ländlichen Gebieten wird immer spürbarer. Da verschwinden der Dorfgasthof, die Apotheke, die Post, der Kindergarten oder die Schule. Busse, die mehrmals täglich verkehrten, stellen ihre Verbindung ein. Die Ursachen hierfür sind bekannt: Demografischer Wandel, niedrige Geburtenzahlen, Abwanderung junger Leute in Ballungsgebiete mit besseren Ausbildungs- oder Arbeitsmöglichkeiten. Es wird insbesondere für die älteren und bedürftiger werdenden Menschen immer schwerer, im ländlichen Raum zu leben.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung widmete sich in Zusammenarbeit mit dem Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) Potsdam der Frage: „Wie plant man das Gegenteil von Wachstum?“ Bei der Studie „Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet“ (September 2013) handelt es sich um ein Forschungsprojekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, der FONA - Forschung für nachhaltige Entwicklungen und dem Land Brandenburg gefördert wurde. Die Studie versucht Wege aufzuzeigen, wie sich Regionen an den Bevölkerungsschwund anpassen können, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen. Die Forschungsarbeit basiert auf einer Workshop-Reihe, die zwischen 2011 und 2013 am IASS zum Thema „Bevölkerungsrückgang und Infrastrukturen“ stattgefunden hat. Auf 76 Seiten werden die Themen Energie, Wasser und Abwasser, Mobilität und Soziale Infrastrukturen näher behandelt. Beispielhaft sei hier das Thema Wasserversorgung herausgegriffen.

Bevölkerungsrückgang und Wasserinfrastrukturen

Sauberes Trinkwasser und eine funktionierende Wasserversorgung sind in Deutschland eine Selbstverständlichkeit. Der Bevölkerungsrückgang hat jedoch dazu geführt, dass die Pro-Kopf-Kosten der Frisch- und Abwassersysteme steigen. In Deutschland betreffe dies insbesondere die neuen Bundesländer. Denn dort wurden in Erwartung blühender Landschaften große Ver- und Entsorgungsanlagen errichtet. Kläranlagen hätten in der Regel eine Abschreibungsdauer von 20 bis 35 Jahren, Kanalnetze von 40 bis 80 Jahren. In diesem Zeitraum müssten die Nutzer die Anschaffungs- und Herstellungskosten über Preise und Gebühren refinanzieren. Aber auch in schrumpfenden Regionen der alten Bundesländer, wie z. B. in der Gemeinde Lautertal im mittelhessischen Vogelsbergkreis, werde erwartet, dass die Gebühren für Wasser um 117 Prozent und für Abwasser um 169 Prozent steigen. Deshalb gelten heute in Gebieten mit geringen Siedlungsdichten dezentrale Lösungen als ökologisch und ökonomisch besser.

Ein Vorzeigeprojekt bestehe in der baden-württembergischen Stadt Knittlingen, in der die Bewohner Regenwasser zum Duschen, Waschen und Spülen nutzen. Abwasser und Bioabfälle der Bewohner werden zur Nähr- und Düngemittelherstellung oder zur Energiegewinnung genutzt. Die Forscher stellen fest: „Obwohl sich die Wasser- und Abwasserwirtschaft lange gegen diese Einsicht gewehrt hat, gelten in Gebieten mit geringen Siedlungsdichten dezentrale Systeme heute sowohl ökologisch wie auch ökonomisch als bessere Lösungen.“ Eine Lowtech-Alternative seien abflusslose Gruben, in denen das Abwasser dezentral gesammelt und zu einer zentralen Kläranlage abgefahren werde. Diese Anlagen machten kilometerlange Abflusskanäle überflüssig.

Innovationen in der Abwasserwirtschaft seien jedoch nicht so einfach umzusetzen. Mit einem Gesamtwert von etwa 540 Milliarden Euro stecke in deutschen Abwasserinfrastrukturen ein sehr großes Vermögen, das grundlegende Transformationen nahezu unmöglich mache. Die Finanzierungsstrukturen mit jahrzehntelangen Abschreibungsraten und Zinsen erforderten einen langen Betrieb. Dazu komme noch der in den Kommunen bestehende „Anschluss- und Benutzerzwang“, der vorschreibe, dass alle Nutzer eines Gebietes an die zentralen Versorgungssysteme angeschlossen werden.

Die Bewohner von Treptitz, einem Ort in Nordsachsen, haben es laut der Studie geschafft, sich von diesem Anschluss- und Benutzerzwang entbinden zu lassen. Beim Bau einer eigenen Gruppenkläranlage hätten sie nicht nur viel Geld gespart, sondern auch ihr Gemeinschaftsgefühl gestärkt.

Vielfalt ist der Ausweg

Die Studie zeigt Perspektiven auf, wie den Problemen begegnet werden kann, die mit den Veränderungen im ländlichen Raum einhergehen. Im Bereich der Abwasserentsorgung wird z. B. vorgeschlagen, den Anschluss- und Benutzerzwang zu überprüfen, Fördermittel für die Verkleinerung der Rohrsysteme zu nutzen, dezentrale Anlagen zu fördern und frühzeitige Abschreibungen zu ermöglichen.

Nachdem die Autoren unterschiedlichste Bereiche des dörflichen Lebens beleuchtet haben, kristallisiert sich heraus, dass die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Deutschland, die das Grundgesetz fordert, neu interpretiert werden müssen. In Regionen, die schrumpfen, ist es nicht sinnvoll, Wachstum zu planen. „Hier fehlt eine nationale Strategie, die eine klare Richtung vorgibt, Öffnungs- und Experimentierklauseln zulässt sowie den regionalen Verwaltungen und Bürgern mehr finanzielle Handlungsautonomie überträgt.“

Die vollständige Studie „Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet“ von September 2013 finden Sie [hier](#).

Gesundheitswirtschaft

Braindrain im Arztberuf – Mythos oder Tatsache?

Eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft mit dem Titel „Der Arbeitsmarkt für Humanmediziner und Ärzte in Deutschland – Zuwanderung verhindert Engpässe“ kommt zu dem Schluss, dass in Deutschland bis 2030 kein flächendeckender Ärztemangel zu erwarten sei.

„Dem deutschen Gesundheitswesen gehen die Ärzte aus!“ (Thomas Kopetsch, 2010), so lautet die weit verbreitete Annahme für die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarktes für Humanmediziner. Durch eine „Ruhestandswelle ohne gleichen“ (ebd.) drohe in manchen Regionen Deutschlands der „Zusammenbruch der hausärztlichen Versorgung“ (ebd.). Angesichts der Anzahl von Ärzten, die auf absehbare Zeit in den Ruhestand gehen, reiche die Zahl der Absolventen nicht aus, um genügend Nachfolger zu finden. Außerdem werde aufgrund des demografischen Wandels der Bedarf an ärztlicher Versorgung zusätzlich steigen, weil immer mehr ältere Menschen häufiger krank seien. Zusätzlich zum Nachwuchsmangel bestehe, so die allgemeine Annahme, das Problem der massiven Abwanderung ausgebildeter Ärzte aus Deutschland ins Ausland.

Die empirische Studie von Vera Demary und Oliver Koppel untersucht diese weit verbreiteten Annahmen unter Zuhilfenahme neuerer Daten und spezifischerer Definitionen, um ein differenzierteres Bild des Arbeitsmarktes für Ärzte bis zum Jahr 2030 zu entwickeln. Zum einen werden dabei die Wanderungsbewegungen von Ärzten auf Basis des Mikrozensus 2010 unter Berücksichtigung der individuellen Migrationshistorie differenziert analysiert. Zum anderen erfassen die Autoren den Nachfolgebefehl im Arztberuf nicht nur auf Basis der Altersstruktur, sondern berücksichtigen spezifische für Ärzte geltende Besonderheiten. Im dritten Teil der Studie betrachten sie die Ärztedichte in Deutschland im internationalen Vergleich und nach Bundesländern, bevor sie zum Schluss die aktuelle Arbeitsmarktlage auswerten. Aus diesen empirischen Untersuchungen leiten Demary und Koppel ab, dass es in Deutschland bis zum Jahr 2030 nicht zum flächendeckenden Ärztemangel kommen muss, wenn bestimmte Prämissen erfüllt sind.

Mehr Ein- als Auswanderung von Ärzten in Deutschland

Da viele Statistiken, die zur Erhebung der Wanderungsbewegungen in der Ärzteschaft herangezogen werden, nur die Staatsangehörigkeit der Ärzte, nicht aber ihre gesamte Migrationsgeschichte erfassen, werde die amtliche Auswertung verfälscht, argumentiert die Studie. Um feststellen zu können, ob mehr Ärzte aus Deutschland abwandern als ausländische Ärzte einwandern, sei nicht das Kriterium der Nationalität entscheidend, sondern die Angabe, wo ein Arzt seinen Studienabschluss erworben hat. Vergleicht man die Daten, wie viele Ärzte mit deutschem Staatsexamen ins Ausland gehen und wie viele Humanmediziner mit ausländischem Abschluss in Deutschland praktizieren, so kommt man zu vollkommen anderen Ergebnissen, als wenn die Staatsangehörigkeit von Ärzten zugrunde gelegt wird.

So werden bei der in der Studie angewandten Methode für das Jahr 2010 rund 16.400 zugewanderte Ärzte mehr erfasst, nämlich auch diejenigen, die in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurden, aber ihr Medizinstudium (z. B. aufgrund der restriktiven Studienplatzvergabe) im Ausland absolviert haben. Ebenso mitgezählt werden bei dieser Methode diejenigen, die

zwar aus dem Ausland stammen, aber im Laufe der Zeit die deutsche Nationalität angenommen haben. Diese beiden Gruppen stellen knapp 46 Prozent der 35.900 „in Deutschland erwerbstätige[n] Humanmediziner, die mit einem im Ausland erworbenen Studienabschluss zugewandert sind“ (S. 4). Von diesen 35.900 Humanmedizinern waren 2010 rund 31.000 in Deutschland als Arzt tätig.

Betrachtet man zusätzlich den Zeitpunkt der Zuwanderung und das Alter bei der Einreise, so ergibt sich ein überwiegend positives Bild: 52 Prozent der zugewanderten Ärzte sind zwischen 2001 und 2010, also in jüngerer Zeit, nach Deutschland gekommen. Bei anderen Berufsgruppen mit akademischem Hintergrund liegt dieser Wert im gleichen Zeitraum nur bei 45 Prozent. Außerdem sind 65 Prozent der zugewanderten Ärzte jünger als 35 Jahre, stehen somit erst am Anfang ihres Berufslebens und bleiben dem Arbeitsmarkt noch viele Jahre erhalten.

Für Ärzte, die mit ausländischem Abschluss zugewandert sind und keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, sind in den letzten Jahren die Zugangsbedingungen zum deutschen Arbeitsmarkt stark erleichtert worden. Dies geht zum einen auf die EU-Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen und zum anderen auf die Blaue Karte EU zurück, die 2012 in Deutschland eingeführt wurde. Diese Entwicklung unterstützt die Annahme, dass die Zuwanderung von Ärzten nach Deutschland in Zukunft weiter zunehmen wird.

Stellt man den zugewanderten Ärzten die Mediziner gegenüber, die ihr Examen in Deutschland gemacht haben und anschließend ausgewandert sind, so ergibt sich in der Studie ein positiver Saldo von 7.000. Obwohl es schwierig ist, die Daten richtig zu erfassen, denn es existiert kein weltweites Zentralregister von Ärzten, geht die Studie aufgrund der Datenauswertung ausländischer Ärztekammern von rund 24.000 abgewanderten Mediziner aus. Diesen stehen etwa 31.000 zugewanderte Ärzte gegenüber. Eine Absolventenbefragung des Hochschul-Information-Systems (HIS) unter Humanmedizinern habe zudem ergeben, dass für Ärzte „insgesamt attraktive Arbeitsbedingungen in Deutschland“ (S. 7) bestehen, die dazu führten, dass Ärzte eher in Deutschland bleiben bzw. nach Deutschland kommen als abwandern möchten.

Aufgrund dieser Analyse der Wanderungsbewegung der Ärzte kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass in Deutschland kein „Braindrain“ der Ärzte zu befürchten ist.

Neue Erkenntnisse zum Nachfolgebefehl im Arztberuf

Um den demografiebedingten Ersatzbedarf für Ärzte zu erfassen, die altersbedingt in den Ruhestand treten, reicht es, so die zentrale These der Studie, nicht aus, eine allgemeine Altersgrenze von 65 Jahren anzusetzen. Vielmehr zeigt der Mikrozensus 2010, dass Humanmediziner deutlich länger berufstätig sind als vergleichbare Berufsgruppen. In der Gruppe der 65- bis 69-Jährigen sind beispielsweise noch fast 40 Prozent der Mediziner erwerbstätig, während nur rund 16 Prozent der Absolventen anderer Fachrichtungen im gleichen Alter noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Werden diese spezifischen Daten für Ärzte zugrunde gelegt, so stellt die Studie einen Nachfolgebefehl bis zum Jahr 2030 in Höhe von 11.000 Humanmedizinern bzw. 9.500 Ärzten fest.

Die durchschnittliche Absolventenzahl in der Humanmedizin beträgt über 10.000 pro Jahr. Zusammen mit der im ersten Teil der Studie belegten Nettozuwanderung von Medizinern aus dem Ausland sei davon auszugehen, dass „der demografiebedingte Ersatzbedarf an Ärzten gedeckt werden“ kann (S. 10).

Zu berücksichtigen sei jedoch auch, dass die Alterung der Bevölkerung und die damit einhergehende Zunahme an Krankheiten in der Zukunft zu einer höheren Nachfrage nach Ärzten führen werden. Dieser zusätzliche Bedarf sei zwar nicht valide vorherzusagen, könne jedoch voraussichtlich durch die erleichterten Zuwanderungsbedingungen und eine leichte Erhöhung der inländischen Absolventenzahlen z. B. durch zusätzliche Studienplätze oder eine Reduzierung der Zulassungsbeschränkungen gedeckt werden.

Ärztedichte im internationalen und regionalen Vergleich

Um die ärztliche Versorgung der Bevölkerung beurteilen zu können, wird die Ärztedichte als anerkannter Indikator herangezogen. Hier liegt Deutschland mit 3,84 Ärzten pro 1.000 Einwohner (Kopfzählung) weltweit an fünfter Stelle und weit vor anderen Industrienationen wie zum Beispiel Frankreich (3,07), die USA (2,46) oder Japan (2,21). Lediglich Österreich (4,83), Spanien, Italien (beide 4,1) und Schweden (3,86) weisen eine höhere Ärztedichte als Deutschland auf. Ein Beleg für eine absehbare Unterversorgung lasse sich aus diesen Werten nicht ableiten, argumentiert die Studie.

Allerdings spiele die regionale Ungleichheit in der Ärztedichte in Deutschland eine nicht zu vernachlässigende Rolle. So ist das Angebot an ärztlichen Leistungen in Ballungsgebieten auch wegen der Konzentration stationärer Einrichtungen signifikant höher als im ländlichen Raum. Diese haben jedoch auch einen weiteren Einzugskreis. In Bremen kommen beispielsweise 6,3 Ärzte (in Vollzeitäquivalenten) auf 1.000 Einwohner, in Sachsen-Anhalt dagegen nur 2,8 Ärzte auf die gleiche Einwohnerzahl. Aber auch strukturell vergleichbare Flächenländer wie zum Beispiel Thüringen (3,7) und Sachsen-Anhalt (2,8) oder Sachsen (4,4) und Hessen (3,5) weisen eine unterschiedliche Ärztedichte auf. Dies führt die Autoren der Studie zu der Erkenntnis, „die entscheidende Herausforderung ist und bleibt somit die regionale Verteilung der Ärzte“ (S. 15).

Arbeitsmarktlage liefert keinen Beleg für Fachkräftemangel im Arztberuf

Vergleicht man die Daten der Bundesagentur für Arbeit zu gemeldeten offenen Stellen und arbeitssuchenden Humanmedizinern, so fällt auf, dass seit Mitte 2012 die Anzahl der Arbeitssuchenden kontinuierlich über der Anzahl der gemeldeten offenen Stellen liegt. Im Mai 2013 waren beispielsweise 2.800 Arbeitslose und 2.200 offene Stellen registriert. Selbständige Ärzte und unbesetzte Stellen in Arztpraxen sind in dieser Statistik allerdings gewöhnlich nicht berücksichtigt. Außerdem sollte auch nicht davon ausgegangen werden, dass alle offenen Stellen bei der BA angezeigt werden, auch wenn die Quote insbesondere bei den öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern aufgrund der Verpflichtungen des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes sehr hoch sein dürfte.

Aussagekräftiger als eine generelle Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage im Arztberuf ist nach Ansicht der Autoren der Studie eine differenzierte Betrachtung der Daten für die einzelnen Fachärztegruppen. Hierbei ergeben die Daten einen Mangel an Fachärzten für innere Medizin, Kinderärzten, Anästhesisten sowie Psychiatern und Psychotherapeuten. Bei einer Patientenbefragung der Barmer GEK und der Bertelsmann Stiftung im Jahr 2012 mit 1.500 Beteiligten konnten jedoch keine Engpässe beim Zugang zu Fachärzten und Allgemeinmediziner festgelegt werden.

Fazit

Aufgrund der positiven Zuwanderungsrate, des attraktiven Arbeitsmarktes für Ärzte und der im internationalen Vergleich hohen Ärztedichte in Deutschland sei in der empirisch angelegten, differenzierten Analyse kein Hinweis auf einen bevorstehenden flächendeckenden Ärztemangel in Deutschland zu finden, so lautet das Resultat der Studie. Der demografisch bedingte Ersatzbedarf an Ärzten könne aus einer steigenden Zuwanderungsquote und leicht erhöhten Absolventenzahlen gedeckt werden. In Bezug auf die Versorgung in einzelnen ländlich geprägten Regionen seien in Deutschland jedoch Knappheiten festzustellen. Die zentrale Herausforderung liege in der Überwindung der starken regionalen Ungleichheiten bei der Ärztedichte in Deutschland.

Die Studie mit dem Titel „Der Arbeitsmarkt für Humanmediziner und Ärzte in Deutschland – Zuwanderung verhindert Engpässe“ von Vera Demary und Oliver Kopple ist im September 2013 in der Reihe „IW-Trends“ erschienen. Sie kann [hier](#) abgerufen werden.

Telemedizin in Kanada – ein Wachstumsmarkt

In Kanada verursachen die geringe Bevölkerungsdichte und weite Entfernungen schon heute hohe Kosten im Gesundheitswesen. Bedingt durch den demografischen Wandel werden die Kosten für Gesundheitsleistungen in Zukunft zusätzlich enorm ansteigen. Nach einer Prognose von Statistics Canada wird sich der Anteil der 65-Jährigen bis 2036 beinahe verdoppeln von heute 22 Prozent auf dann rund 40 Prozent der Bevölkerung. Allein im Jahr 2012 stiegen die Ausgaben für Gesundheit bereits um 3 Prozent auf 207 Mrd. kanadische Dollar, was rund 162 Mrd. Euro entspricht (Quelle: Canadian Institute for Health Information).

Diese Entwicklung führt dazu, dass die 13 Provinzen und Territorien in Kanada, die knapp 70 Prozent der Kosten des Gesundheitswesens tragen, zunehmend auf Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt angewiesen sind. Während die kanadische Zentralregierung im Haushaltsjahr 2013/2014 30 Mrd. kanadische Dollar für das Gesundheitssystem der Provinzen bereitstellte, wird sich der Beitrag gemäß einer Prognose des kanadischen Gesundheitsministeriums im Haushaltsjahr 2017/2018 auf 38 Mrd. kanadische Dollar erhöhen. Die verbleibenden Gesundheitskosten verteilen sich auf die Patienten direkt (15 Prozent) und private Krankenversicherungen (12 Prozent).

Sinkende Gesundheitskosten durch Telemedizin

Um den steigenden Kosten zu begegnen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit in den entlegenen Gebieten zu gewährleisten, setzt die kanadische Regierung zunehmend auf die Telemedizin. Diese Tendenz umfasst sowohl die Umstellung auf elektronische Krankenakten (derzeit sind erst 60 Prozent der Krankenakten digitalisiert gegenüber durchschnittlich 90 Prozent in anderen Industrieländern) als auch den verstärkten Einsatz von telemedizinischen Anwendungen bei der Diagnose und Behandlung von Krankheiten.

Erste Erfolge bei der Kostenreduzierung konnten bereits verbucht werden: Seit 2006 wurden etwa 1,3 Mrd. kanadische Dollar durch die Verwendung elektronischer Krankenakten eingespart, wie eine Studie von „Canada Health Infoway“ festgestellt hat. Darüber hinaus konnten die Ausgaben für den Transport von Patienten im Jahr 2010 durch die Telemedizin um ungefähr 80 Mio. kanadische Dollar gesenkt werden. Gegenüber 2010 ist die Anzahl klinischer Telemedizin-Sitzungen bis 2012 zudem um 55 Prozent gestiegen und lag bei rund 290.000. 70 Prozent aller klinischen Sitzungen fanden in der Provinz Ontario statt, die im Bereich der Telemedizin in Kanada eine führende Position einnimmt. Dort bestehen rund 2.200 Krankenhäuser, die mit Telemedizin-Technik ausgestattet sind. Dies ist mehr als ein Drittel der insgesamt 7.300 medizinischen Einrichtungen in Kanada, die die notwendigen Voraussetzungen für Telemedizin erfüllen.

Investitionsbedarf im Bereich der digitalen Medizintechnik

Da der Bedarf für Telemedizin angesichts der zu erwartenden Kostenexplosion bei weitem höher geschätzt wird als die bisher vorhandenen Angebote, besteht in Kanada umfangreicher Investitionsbedarf im Bereich der Medizintechnik und der Informations- und Kommunikationstechnologie für das Gesundheitswesen. Dieser Markt ist insbesondere auch für ausländische Anbieter von Medizintechnik interessant, denn ein Großteil der in Kanada verwendeten Medizintechnik wird aus anderen Ländern importiert. 2012 lag der Wert der Importe in diesem Segment bei 5,2 Mrd. kanadischen Dollar gegenüber 3 Mrd. kanadischen Dollar aus inländischer Produktion. Die Importe stiegen damit um etwa 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr an, während sich der Anteil der Medizintechnik kanadischen Ursprungs im gleichen Zeitraum nur um 1,5 Prozent steigerte.

Öffentliche Förderprogramme bieten Finanzierungsmöglichkeiten

Um Investitionen im Bereich der Telemedizin anzuregen, hat die kanadische Regierung verschiedene Förderprogramme aufgelegt. So fließen in den letzten zehn Jahren ungefähr 2 Mrd. kanadische Dollar aus öffentlichen Mitteln in die Digitalisierung von Krankenakten, die Vernetzung von Gesundheitseinrichtungen und die Entwicklung von Softwareanwendungen für die Telemedizin. Diese Mittel wurden überwiegend an Projekte vergeben, an denen Gesundheitsdienstleister, Kommunen und Vertreter der Medizintechnik- und IT-Branche gemeinsam beteiligt waren. Verantwortlich für die Vergabe und Finanzierung der Vorhaben ist die Organisation „Canada Health Infoway“ mit Sitz in Toronto (www.infoway-inforoute.ca). Außerdem bestehen weitere Finanzierungsmöglichkeiten für den Ausbau der Telemedizin durch das kanadische Konjunkturprogramm „Canada Action Plan“, das 500 Mio. kanadische Dollar insbesondere für die Umstellung auf elektronische Patientenakten bereitstellt.

Eine umfassende Studie über den kanadischen Telemedizinsektor wurde im April dieses Jahres unter dem Titel „2013 Canadian Telehealth Report“ von „Canada's Health Informatics Association“ (COACH) veröffentlicht.

Der Artikel basiert auf Informationen der deutschen Außenhandelsagentur [Germany Trade & Invest vom 26.08.2013](#), die den „2013 Canadian Telehealth Report“ ausgewertet hat. Der Report ist [hier](#) abrufbar.

Europa

Die Europäisierung des alltäglichen Lebens

Sind grenzübergreifende Aktivitäten für zahlreiche EU-Bürgerinnen und -Bürger inzwischen alltäglich? Fördern diese Aktivitäten die Identifizierung mit Europa? Erste Ergebnisse des Forschungsprojekts EUCROSS zeigen, dass im sozialen sowie im wirtschaftlichen Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern europäischer Staaten nationale Grenzen immer häufiger überwunden werden. Zwar lassen sich im Vergleich einzelner Ländern große Unterschiede feststellen, doch sind länderübergreifende Aktivitäten insgesamt weit verbreitet. Die „Europäisierung der Europäer“ durch grenzübergreifende Aktivitäten ist stärker als vielfach wahrgenommen.

Das EUCROSS-Forschungsprojekt, das von der Europäischen Kommission im Zuge des siebten Forschungsrahmenprogramms gefördert wird (www.eucross.eu), hat eine telefonische Zufallsbefragung von 6.000 Bürgern in sechs EU-Mitgliedsstaaten (Dänemark, Deutschland, Italien, Rumänien, Spanien und Vereinigtes Königreich) durchgeführt, um den Umfang und die Tragweite der individuellen grenzübergreifenden Aktivitäten zu untersuchen.

Kontinent wird Lebenshorizont

Das Projekt kommt zu dem Ergebnis, dass die Einigung Europas sich nicht nur durch die Brüsseler Politik vollzieht, sondern auch durch die sozialen Beziehungen und alltäglichen Aktivitäten der Europäerinnen und Europäer. Trotz der Eurokrise und der wachsenden Resonanz europaskeptischer Töne ist der Kontinent zum Lebenshorizont eines beachtlichen Teils der in der EU lebenden Menschen geworden. Billigflüge, grenzüberschreitendes Onlineshopping, virtuelle Auslandsfreundschaften, cross-nationaler Pendelverkehr, Ruhestandsmigration, Auslandsinvestments – die Liste der länderübergreifenden Verhaltensweisen und EU-weiten Aktivitäten, die EU-Bürgerinnen und -Bürger als Teil ihres alltäglichen Lebens ansehen, ist lang.

Entgegen dem gängigen Bild der mutmaßlich immobilen Europäer hat EUCROSS herausgefunden, dass einer von sechs Befragten mindestens drei Monate seines Lebens in einem anderen Land der EU verbracht hat. Außerdem haben 51 Prozent der Befragten in den letzten zwei Jahren ein anderes EU-Land bereist (Kurzbesuche inbegriffen). Die tatsächliche Dimension der grenzüberschreitenden Aktivitäten europäischer Bürgerinnen und Bürger zeigt sich allerdings nicht allein in physischer Hinsicht: So gaben fast drei Viertel der Befragten an, dass sie über das Internet oder per Telefon Kontakt mit Freunden und Verwandten im Ausland halten. Außerdem überwinden die Europäer auch im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten zunehmend nationale Grenzen. Das trifft auf beinahe ein Drittel der Stichprobe des Forschungsprojektes zu und bezieht sich unter anderem auf Online-Einkäufe, aber auch auf Geldüberweisungen in andere Länder – ein Phänomen, das möglicherweise durch die Eurokrise verstärkt wurde und dazu dienen könnte, Familienmitglieder und Freunde finanziell zu unterstützen oder eigene Ersparnisse zu schützen.

Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern

Allerdings zeigen sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. So haben 73 Prozent der Dänen und 60 Prozent der

Deutschen in den letzten zwei Jahren ein anderes EU-Land besucht – also beinahe doppelt so viele wie Spanier (42 Prozent), Italiener (42 Prozent) und Rumänen (35 Prozent). Längere Auslandsaufenthalte (d. h. für mehr als drei Monate) sind unter den Dänen und Rumänen üblicher als unter den Bürgerinnen und Bürgern aller anderen Länder.

Im Hinblick auf virtuelle Grenzüberschreitungen ist die internationale Vernetzung der Italiener – via Telefon, E-Mail, Skype und sozialen Netzwerken (z. B. Facebook) – am geringsten ausgeprägt: In den letzten 12 Monaten vor der Befragung hatten 32 Prozent von ihnen mit niemandem außerhalb ihres Landes kommuniziert. Dies war – nicht zuletzt aufgrund der vergleichsweise hohen Zahl migrierter Freunde und Familienangehöriger – nur bei 17 Prozent der Rumänen, aber auch bei lediglich 20 Prozent der Briten der Fall. Ein Drittel der Dänen und fast zwei Fünftel der Deutschen kaufen in anderen Ländern der EU online ein. In Italien, dem Vereinigten Königreich, Spanien und Rumänien ist dies dagegen weniger verbreitet.

Grenzüberschreitende Arbeitsbeziehungen zu Personen in anderen EU-Ländern sind in Dänemark häufiger anzutreffen als in sämtlichen anderen untersuchten Ländern (bei 51 Prozent der befragten Dänen – doppelt so oft wie in Italien). Diese grenzenlosen Beziehungen werden besonders durch die Unionsbürgerschaft ermöglicht, welche die wichtigste Voraussetzung für länderübergreifende Aktivitäten innerhalb der EU ist. Die Frage ist allerdings, ob die Einbindung in Aktivitäten dieser Art auch die Quelle einer Solidarität ist, die eine gemeinsame Identität als „Europäer“ bestärkt.

Zusammenhang mit kollektiver Identität vermutet

Aus seinen vorläufigen Analysen schließt das Forschungsprojekt, dass spezifische grenzübergreifende Aktivitäten innerhalb Europas (insbesondere das Konsumverhalten, die Vorliebe für die Küche anderer EU-Länder und die Vertrautheit mit anderen EU-Mitgliedsstaaten) mit einer stärkeren Identifizierung mit der Europäischen Union einhergehen könnten. Eine tiefergehende und detailliertere Analyse des Zusammenhangs zwischen den länderübergreifenden Erfahrungen und einer kollektiven Identität soll in der nächsten Phase des Projekts folgen. Diese Betrachtungen sollen durch die Analyse der Daten eines zusätzlichen Samples von je 1.250 rumänischen und türkischen Migranten sowie durch Ergebnisse zusätzlicher Tiefeninterviews mit ausgesuchten Teilnehmerinnen und Teilnehmern der EUCROSS-Umfrage erweitert werden.

EU-Integration wird unterschätzt

Die frühen Ergebnisse zeigten jedoch bereits das Ausmaß, in dem europäische Gesellschaften aufbauend auf dem grenzüberschreitenden Effekt der EU-Integration „von unten“ integriert werden. Die alltäglichen Vorteile der EU-weiten Bewegungsfreiheit und der gesellschaftsübergreifenden Vernetzung beeinflussten eindeutig nicht nur die europäischen Eliten, sondern auch einen großen Teil der EU-Bürgerinnen und -Bürger. Die europäische Unionsbürgerschaft und die Binnenmarktpolitik ermöglichten den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr in einem größeren Maße als es üblicherweise dargestellt werde. Interessanterweise würden diese wirtschaftlichen Vorteile gerade von jenen Gesellschaften – etwa der dänischen und der britischen – geschätzt, die den politischen Zielen der europäischen Integration weniger enthusiastisch gegenüberstehen.

Fazit

Das Forschungsprojekt kommt zu dem Schluss, dass die „Europäisierung der Europäer“ durch grenzübergreifende Aktivitäten stärker ist, als es sich die Europäer selbst eingestehen, wenn sie mit politisch konnotierten Fragen konfrontiert werden. Möglicherweise sei Europaskepsis eher ein Zeichen einer weitverbreiteten und grundsätzlich negativen Einstellung gegenüber der Politik als ein Symptom eines wiederkehrenden Nationalismus und einer generellen Ablehnung der europäischen Integration. Letztere sei vielmehr eine Grundvoraussetzung für eine ganze Reihe alltäglicher Gewohnheiten vieler Europäerinnen und Europäer.

*Für weitere Daten und Analysen zum EUCROSS Forschungsprojekt (vollständiger Titel: *The Europeanisation of Everyday Life: Cross-Border Practices and Transnational Identifications Among EU and Third-Country Citizens*) besuchen Sie bitte den Bereich ‚Deliverables‘ auf der [Projektwebsite](#).*

Weitere Informationen zum Projekt: Steffen Pötzschke, wissenschaftlicher Mitarbeiter im EUCROSS Projekt, GESIS - Leibniz Institut für Sozialwissenschaften (steffen.poetzschke@gesis.org).

Wie können sozial innovative Projekte aussehen?

Am 24. September 2013 lud die Diakonie Deutschland in Brüssel zu einer Veranstaltung mit dem Titel „A leap ahead: Social Innovation in Social Services“ ein. Ziel war es, über die Vorstellung von Projektbeispielen zur Diskussion darüber anzuregen, wie sozial innovative Projekte aussehen können. Im Vordergrund standen Projekte des Diakoniewissenschaftlichen Instituts der Universität Heidelberg und der Diakonie Hamburg. Ein weiteres Thema der Veranstaltung war die Bedeutung sozialer Innovationen für die EU.

Bestandsaufnahme sozial innovativer Projekte

Zunächst stellte Prof. Johannes Eurich, Universität Heidelberg, das Projekt [Innoserv](#) vor. Es hat das Ziel, sozial innovative Projekte aus ganz Europa auszuwerten, um Merkmale zu bestimmen, die für eine soziale Innovation charakteristisch sein können. Darüber hinaus will „Innoserv“ Trends zu möglichen Organisationsformen für soziale Innovationen formulieren.

Die drei im Folgenden von Eurich vorgestellten Projektbeispiele verfolgten einen integrativen und umfassenden Ansatz. So hat beispielweise das Projekt [Mom'artre](#) aus Frankreich den Zweck, allsteinstehenden Eltern eine flexible Kinderbetreuung anzubieten. Über das „gewöhnliche“ Kinderbetreuungsangebot hinaus bietet das Projekt Künstlern die Möglichkeit, in der Kinderbetreuungseinrichtung zu arbeiten und Kindern kreative Aktivitäten anzubieten. Auf diese Weise möchte es Arbeitsplätze schaffen und zugleich die Schlüsselkompetenzen der Kinder stärken. Ferner setzt es sich zum Ziel, den sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft zu fördern, indem die Einrichtung regelmäßig zum „Tag der offenen Tür“ einlädt.

Anschließend stellte Britta Habenicht, Projektmanagerin der Diakonie Hamburg, das Projekt „[Selbstverständlich freiwillig - Menschen mit Behinderungen engagieren sich](#)“ vor. Das von der „Aktion Mensch“ geförderte Projekt hat das Ziel, zu einem Perspektivenwechsel beizutragen: Es soll erkannt werden, dass Menschen mit Behinderungen eigenmotiviert eine soziale Dienstleistung erbringen können. Das Projekt rege verschiedene Stakeholder in Hamburg an, das Engagement von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

Bedeutung von sozialen Innovationen für die EU

Im letzten Beitrag der Veranstaltung betonte Grzegorz Drozd, Vertreter der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission, das wachsende Interesse an sozialen Innovationen auf EU-Ebene. Hintergrund hierfür sei die Krise in Europa und die sich wandelnde Rolle des Staates. Daher kommt sozialen Innovationen aus der Sicht der Kommission eine wirtschaftliche Bedeutung zu. Es gehe vor allem um die Förderung von Beschäftigung durch neue Formen der Arbeit.

An dieser Stelle rückte Drozd die Wettbewerbsausschreibung „European Social Innovation Competition“ in den Blick, in deren Rahmen bis zum 11. Dezember 2013 sozial innovative Projektvorschläge bei der Kommission eingereicht werden können. Die eingereichten Projektvorschläge sollen nicht nur neuartig, nachhaltig und in der gesamten EU verbreitungsfähig sein, sondern auch Arbeitsplätze schaffen. Die drei besten Projektvorschläge werden im Mai 2014 mit einem Preis von jeweils 20.000 Euro ausgezeichnet. Weitere Informationen zur Wettbewerbsausschreibung (2013-14) sind über diesen [Link](#) abrufbar.

Visionen als handlungsleitendes Kernelement

In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass es keine eindeutige Definition für „soziale Innovationen“ gibt. Jedoch konnte festgestellt werden, dass es bei sozialen Innovationen nicht allein darum geht, etwas vorher nicht Dagewesenes zu schaffen, sondern im Gegenteil auch Altes wieder aufzugreifen. Deutlich wurden zudem die unterschiedlichen Zielinteressen der Kommission – mit sozialen Innovationen mehr Arbeitsplätze zu schaffen – und der freien Wohlfahrtsverbände – Dienstleistungen in erster Linie nutzerfreundlicher zu gestalten. Die Beteiligten einigten sich jedoch darauf, dass Visionen, wie etwa die Schaffung einer inklusiven, nachhaltigen und partizipativen Gesellschaft, ein gemeinsames Handlungsmotiv bei der Erbringung von sozialen Dienstleistungen sein können.

Management

Studie zur Wirkung des freiwilligen CSR-Engagements von Unternehmen

Das freiwillige Engagement von Unternehmen für die Gesellschaft – englisch Corporate Social Responsibility (CSR) – hat in den letzten zehn Jahren nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern der Europäischen Union einen immensen Bedeutungszuwachs erfahren. Vermutet wird, dass dieses Engagement positive Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt hat. Allerdings gab es bisher weder empirisch erwiesene Anhaltspunkte, noch Methoden, um die Wirkung von freiwilligen CSR-Aktivitäten abschätzen zu können.

Erstmals hat jetzt die von der Europäischen Kommission finanzierte Studie IMPACT untersucht, welchen Beitrag freiwillige CSR-Maßnahmen von Unternehmen für eine nachhaltigere Gesellschaft leisten. Dazu wurden breit angelegte Befragungen durchgeführt und vorhandene ebenso wie neu gewonnene Daten ausgewertet. Verantwortlich für das Projektmanagement und die Sicherung der wissenschaftlichen Qualität war das Öko-Institut e. V.

Lücke zwischen Bewusstsein und Handeln

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass unabhängig von der Unternehmensgröße aktive CSR-Politik für die meisten Unternehmen zum Standard geworden ist. So engagieren sich mehr als 90 Prozent der befragten kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich CSR; die Befragung von internationalen Unternehmen aus verschiedenen Branchen zeigte, dass das Bewusstsein für Nachhaltigkeitsthemen ausgeprägt ist.

Allerdings stellte die Studie auch fest, dass es eine große Lücke zwischen Bewusstsein und Handeln gibt. So sei beispielsweise in der Bekleidungsindustrie das Thema Wasserverbrauch zwar in den Köpfen der Unternehmensverantwortlichen verankert – es folgten darauf aber keine Maßnahmen zum bewussteren Umgang mit Wasser.

Gesellschaftlicher Nutzen noch schwer messbar

In Bezug auf den gesellschaftlichen Nutzen der CSR-Aktivitäten kam IMPACT zu einem ernüchternden Ergebnis: Die Befragungen und Datenauswertungen zeigten, dass der gesellschaftliche Effekt nur als „leicht positiv“ zu bezeichnen ist. In einem Hintergrundpapier zu der Studie schiebt das Öko-Institut dazu sogar: „Bedenkt man weiterhin, dass nicht nur freiwillige Maßnahmen, sondern auch andere Faktoren das Ergebnis beeinflussen, muss man davon ausgehen, dass der Beitrag, den freiwillige CSR-Aktivitäten auf die Gesellschaft ausüben, sehr gering ist.“

Ob CSR zu einem ökonomischen Gewinn führt, könne nicht pauschal, sondern nur für jedes einzelne Nachhaltigkeitsthema gegeben werden. Die zentrale Frage dabei sei: „Wie wirkt es sich ökonomisch aus, wenn ein Unternehmen eine Maßnahme zur Verbesserung der ökologischen oder sozialen Auswirkungen durchführt?“

Ein Grund für die geringen Effekte könnte darin liegen, „dass es bisher keinen allgemein gültigen Ansatz gibt, welche

unternehmensinternen Daten wie gemessen werden.“ Die Wirkungsmessung sei bisher insgesamt schwierig, da allgemein gültige Standards fehlten. Als guten, aber noch nicht ausreichenden Ansatz dazu bewertet das Öko-Institut die Global Reporting Initiative (GRI).

Möglichkeiten für Unternehmen und Politik

An zwei Stellen sieht die Studie darüber hinaus Möglichkeiten, die gesellschaftliche Wirkung von Maßnahmen besser nachvollziehbar zu machen: Unternehmensintern sollten die einzelnen Schritte für die CSR-Maßnahmen klar definiert sein; es sollten Stellschrauben identifiziert und eine klare Trennung zwischen Effekten innerhalb des Unternehmens und solchen auf die Gesellschaft gemacht werden.

Zudem kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass Selbstverpflichtung und freiwilliges Engagement nicht ausreichen, wenn nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen erzielt werden sollen. Auch "weiche" Anreize wie CSR-Awards, Informations- und Netzwerkplattformen hätten keinen maßgeblichen Einfluss. Das Öko-Institut fordert daher die Politik auf, „das verfügbare Instrumentarium besser auszunutzen, regulatorisch stärker einzugreifen und, wenn nötig, auch vor härteren Maßnahmen wie Mindeststandards oder Verboten nicht zurückzuschrecken.“

So verspricht sich das Öko-Institut von einer vorgeschriebenen Berichterstattung für Unternehmen ab einer bestimmten Größe und der Einführung von Mindeststandards nicht nur eine größere Aufmerksamkeit und ein verschärftes Problembewusstsein, sondern auch eine Verpflichtung zu Aktivitäten. Erst darüber hinaus solle Raum für freiwillige Aktivitäten bleiben.

Wie erreicht man am besten einen größtmöglichen Nutzen für die Gesellschaft? Dieses Ziel sollte man stets im Auge behalten, fordert das Institut. Sein Fazit: „Freiwilliges CSR kann dabei zwar einen wichtigen Beitrag liefern, aber nur als ein Mittel neben anderen betrachtet werden. Welche für die einzelnen Sektoren die jeweils geeignetsten sind (Freiwilligkeit, Regulierung, positive/negative Anreize etc.) muss dann themenspezifisch entschieden werden. Dabei sind Freiwilligkeit sowie regulative oder andere Politikinstrumente komplementär und nicht als entweder - oder Variante zu betrachten.“

Beteiligte an der Studie und Methodik

An der von der Europäischen Kommission finanzierten Studie sind 17 europäische Forschungspartner beteiligt. Die empirischen Untersuchungen umfassen eine ökonometrische Analyse von über 2.000 großen und über 5.000 kleinen Unternehmen, Fallstudien zu 19 großen europäischen Unternehmen aus den Bereichen Automobil und Einzelhandel, Bekleidung und Bau sowie Informations- und Telekommunikationstechnologie, fünf CSR-Netzwerkanalysen und eine Delphi-Studie. Letztere beinhaltet eine schriftliche Befragung von 500 CSR-Experten.

Weitere Informationen und Materialien sind auf der [Projekt-Website der Europäischen Kommission](#) zu finden. Das Hintergrundpapier des Öko-Instituts zur IMPACT-Studie ist [hier](#) abrufbar.

Technologie

Dreidimensionales Drucken

Ende September berichteten die „Welt“ und der Österreichische Rundfunk (ORF), dass die US-Raumfahrtbehörde plane, künftig mittels eines 3D-Druckers diverse Gegenstände im All herzustellen. Die Maschine soll die Astronauten dazu befähigen, Ersatzteile und Werkzeuge selbst zu bauen. Bislang mussten die benötigten Teile aufwendig und teuer von der Erde zur Raumstation gebracht werden. Kleinere Satelliten, die von der Raumstation abgesetzt werden und der Datenübermittlung dienen, werden bereits heute produziert.

Fast zeitgleich zeigte ein Bericht des bayerischen Fernsehens, dass die 3D-Drucktechnik nicht nur im Weltraum, sondern auch in unserer Sphäre vorangetrieben wird. Ihr Einsatz ist vor allem in der Medizintechnik ein immer größer werdendes Thema. Künstliche Gelenke und selbst Herzklappen werden als mögliche durch den 3D-Drucker bald produzierbare Geräte gehandelt.

Mit dem 3D-Drucker werden dreidimensionale Objekte computergesteuert hergestellt, indem Materialien Schicht für Schicht aufeinandergedrückt und geklebt werden. Dabei entstehen die Gegenstände aus einem oder mehreren flüssigen oder festen Werkstoffen, wie etwa Kunststoffen, Kunstharzen und Keramiken, mittels physikalischem oder chemischem Härtungs- oder Schmelzprozess (z. B. Laserschmelzen).

Einsatz in der Medizintechnik

In der Zahnmedizin wird bereits seit längerem mit 3D-Druckern gearbeitet. Der große Vorteil an digital hergestelltem Zahnersatz liegt in der kostengünstigen Produktion. Des Weiteren schafft der Einsatz des 3D-Druckers insbesondere in der Chirurgie Behandlungsmöglichkeiten. Gebrochene Gelenke werden aktuell mithilfe von Platten und Schienen in verschiedenen Standardgrößen behandelt. Bei komplexen Brüchen besteht so oftmals das Risiko, dass die auf dem Markt erhältlichen Teile nicht auf die Bruchstelle passen und sich die Heilung verzögert. Die Daten der Bruchstelle können bei einer Computertomographie dreidimensional erfasst werden und an den 3D-Drucker übermittelt werden. Dieser könnte dann entweder ein Modell der Stelle bauen, anhand dessen die anschließende Operation vorbereitet wird, oder aber er kann im Idealfall die künstlich einzusetzende Platte oder das künstliche Gelenk direkt selbst herstellen.

3D-Drucktechnik als reale Zukunftsvision

Ein Forschungsprojekt des Deutschen Herzzentrums in Berlin bereitet den Einsatz der 3D-Drucktechnik bei der Herstellung von Herzklappen vor. Dazu soll ein Herzklappengerüst gedruckt werden, in dem Zellen angesiedelt werden, die zu einer Herzklappe verwachsen sollen. Das Ersatzteil muss aus bioverträglichem Material bestehen und würde das beste Resultat liefern, wenn es sich bei Abschluss der Behandlung im Körper des Patienten auflösen würde, sodass kein erneuter operativer Eingriff nötig wäre. An der Entwicklung eines solchen Materials wird derzeit noch gefeilt.

Generell gilt die Materialfrage als größte Herausforderung in der medizinischen 3D-Forschung. Die eingesetzten Werkstoffe

müssen sich mit dem umliegenden Gewebe vertragen. Hinzu kommen die teilweise langwierigen Zulassungsverfahren für den Einsatz der neuen Technik. Trotz aller Hindernisse eröffnet die 3D-Drucktechnik bisher nicht dagewesene Möglichkeiten in verschiedensten Bereichen der Technik und befähigt ihre Anwender zu mehr eigenem technischem Entwicklungspotenzial.

Der Artikel aus der „Welt“ ist [hier](#) abrufbar. Den Beitrag des Österreichischen Rundfunks (ORF) finden Sie [hier](#), den des Bayerischen Rundfunks (BR) [hier](#).

Materialien

Daniels, Katharina/Engeser, Manfred/Hollmann, Jens: Sieg der Silberrücken

Wien: Linde Verlag 2013, 174 S., 19,90 EUR, ISBN 978-3-7093-0520-1

Mit Mut und Plan zum Neuanfang", so präsentiert sich der neue Ratgeber aus dem Linde-Verlag in Zusammenarbeit mit dem Magazin „WirtschaftsWoche“ prägnant auf dem Buchrücken. Das Buch richtet sich an Menschen in der Lebensmitte, also ungefähr im Alter zwischen Ende 30 und knapp 60 Jahren, die den vagen Wunsch verspüren, ihrem Leben eine neue Wendung zu geben. Obwohl sie nicht mehr ganz jung sind und bereits einen beruflichen Weg eingeschlagen haben, wollen sie sich noch einmal umorientieren. Persönliche Verpflichtungen, existenzielle Notwendigkeiten und andere Einschränkungen lassen den Neuanfang in der Lebensmitte jedoch oft als großes Risiko erscheinen. Aber, so die These der Autoren, die noch viel größere Gefahr liege darin, sich dem Wunsch nach Veränderung nicht zu stellen und stattdessen auf Dauer eine lähmende Unzufriedenheit hinzunehmen. „Es gibt Stationen im Leben, in denen wir Veränderungen aktiv und selbstbestimmt initiieren müssen, sonst verändern sich die Dinge ohne uns. Der Zug fährt weiter und wir bleiben an der stillgelegten Station stehen.“ (S. 21)

Das Buch bietet eine Mischung aus Ratgeberliteratur und Reportagesammlung. Es gliedert sich in fünf Kapitel, die den fünf Phasen der so genannten SISCA-Methode zur beruflichen Neuorientierung gewidmet sind („Scan“, „Insight“, „Select“, „Create“ und „Act“). Diese fünf Phasen beginnen beim diffusen Wunsch nach einer beruflichen Veränderung und führen den Leser über Strategien zur Willensbildung bis hin zur konkreten Umsetzung seiner Pläne. Die Kapitel enthalten anschauliche Zustandsbeschreibungen, angereichert mit zahlreichen Zitaten und optisch abgesetzten „Impulsen aus der Wissenschaft“, die Erkenntnisse aus der Psychologie und der Managementforschung leserfreundlich präsentieren. Unter der Überschrift „Gedankenausflug“ bietet jedes Kapitel einen oder mehrere Selbsttests, die den Leser dabei unterstützen, seine eigene Situation zu erkennen und persönliche Entscheidungen zu treffen.

Die fünf Kapitel enden mit jeweils zwei Reportagen über Personen, die den Mut hatten, mitten in ihrem Leben eine Kehrtwende zu vollziehen und in einem ganz anderen Arbeitsfeld neue Wege zu gehen.

Die SISCA-Methode: 1. Scan

Im ersten Kapitel „Scan – Ihre Bilanz des Hier und Jetzt“ geht es um eine Bestandsaufnahme der aktuellen beruflichen Situation. Der Leser wird angeleitet herauszufinden, welchen Stellenwert seine Arbeit für ihn einnimmt und ob Warnzeichen bestehen, die auf Unlust und Unzufriedenheit im Beruf hindeuten. Führt der Selbsttest zu der Erkenntnis, dass eine Veränderung angeraten ist, so gilt es als nächstes, innere Blockaden und die Angst vor dem Unbekannten zu überwinden sowie die Risiken, die mit einer Veränderung verbunden sind, richtig einzuschätzen. Prägnant werden hier die vier Grundformen der Angst nach Riemann (1902-1979) dargestellt, um den Leser zu ermutigen, seine eigenen Befürchtungen zu ergründen, die ihn von der Verfolgung seines Glückes abhalten, und diese zu überwinden.

Insight

Das zweite Kapitel „Insight – Auf der Reise zu sich selbst“ widmet sich der Introspektion. Die Autoren gehen davon aus, dass sich ein jeder Mensch am besten in einem Umfeld entfalten kann, das seinem Wesen entspricht. Daher sei es für jeden, der sich verändern möchte, entscheidend, seine wahren persönlichen Stärken und Schwächen herauszufinden, diese aufeinander zu beziehen und seine individuellen Fähigkeiten und Eigenschaften zu erkennen. Auch der Aspekt Selbstbild vs. Fremdbild und wie der „blinde Fleck“ in der Selbstwahrnehmung verkleinert werden kann, wird in dem Kapitel beleuchtet. Dazu bietet das Buch zahlreiche Übungen und Anleitungen zum Nachdenken sowie grundlegende Erkenntnisse aus der Psychologie zum Nachlesen.

Entscheidend für die Willensbildung ist nach Meinung der Autoren die Wiederentdeckung der Intuition, die „in der Rushhour unseres Lebens“ (S. 44) mitunter verschüttet wurde. Ihre zentrale These lautet: „Wir können nicht alles und vor allem die wichtigen Weggabelungen in unserem Leben ausschließlich auf rationaler Ebene lösen“ (S. 45). Das Aufspüren der Intuition gelingt nach dem Hirnforscher Ernst Pöppel durch die Zusammenführung von Ich-fernem und Ich-nahem Wissen, also die gleichzeitige Aktivierung von Sachwissen, implizitem Wissen (erinnerte Empfindungen) und bildhaftem Wissen (erinnerte Episoden). Fließen Ich-fernes und Ich-nahes Wissen „im Scheitelpunkt der Erkenntnis“ (S. 45) zusammen, so blitzt die Intuition auf und plötzlich tritt die richtige Lösung deutlich hervor.

Select

Die dritte Phase „Select – Wählen Sie ihr Ziel aus“ ist Gegenstand des dritten Kapitels und setzt mitten im Prozess der kreativen Veränderung an. Jetzt steht die Zielfindung für die berufliche Umorientierung im Mittelpunkt. Der Leser wird ermutigt, bei seiner persönlichen Zielsetzung nicht nur auf den Verstand zu setzen, sondern auch „Potenziale, die verschüttet waren, und Wissen, welches Ihnen nicht bewusst präsent ist“ einzubeziehen. Als Methoden der Zielentwicklung werden verschiedene Modelle präsentiert: das Offene Problemlösungsmodell, das der amerikanische Werbestrategie Alexander Osborn Mitte des 20. Jahrhunderts entwickelt hat, das SMART-Modell (ein Ziel sollte spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch und terminiert sein) sowie die Methoden zum Perspektivwechsel von Walt Disney („Träumer, Kritiker, Realist“) und des britischen Mediziners und Schriftstellers Edward de Bono („sechs Hüte“). Hierbei geht es darum, ein und dasselbe Ziel aus unterschiedlicher Sichtweise zu begutachten und somit sämtliche Aspekte einer Richtungsentscheidung offenzulegen.

Entscheidend für die Entscheidungsfindung sei, so die Autoren, sich überhaupt einmal zu entscheiden. „Nicht wenige Theoretiker verfechten [...] die Meinung, dass eine schlechte Entscheidung besser sei als gar keine“ (S. 97). Am Ende dieses Kapitels sollte der Leser zu einem Ergebnis zu kommen und seine Wahl zu treffen, in welche Richtung er sich verändern will. Hier helfe nur „die Rückbesinnung auf die Intuition“ (ebd.).

Create

Das vierte Kapitel behandelt Phase vier der SISCA-Methode „Create – Die Architektur Ihres Vorhabens“. Hier stehen

Projektplanung, Organisation und Zeitmanagement im Mittelpunkt, also die konkreten Ansatzpunkte für die Umsetzung der Änderungswünsche. Erster Schritt ist dabei die Frage „Was muss ich alles bedenken?“ gefolgt vom systematischen Planen („Was ist zu tun?“).

Die Autoren empfehlen für die Projektplanung einen 3 x 3-Stufenplan, der eine Matrix aus den drei wichtigsten Aspekten des Projekts und deren Einordnung in kurz-, mittel- und langfristige Umsetzbarkeit vorsieht. Außerdem wird die Mindmap-Methode nach dem britischen Mentaltrainer Tony Buzan zur Visualisierung der Detailplanung vorgestellt. Zur Verbesserung des Zeitmanagements biete es sich an, so die Empfehlung der Autoren, Aufgaben gemäß dem Eisenhower-Prinzip nach Dringlichkeit und Wichtigkeit zu sortieren. Zuerst würden solche Aufgaben erledigt, die sowohl wichtig als auch dringend sind, danach die wichtigen, aber nicht dringenden. Dringliche, die aber nicht wichtig sind, könnten delegiert werden und solche, die keins von beidem sind, dürften gern unerledigt bleiben.

Nicht zu unterschätzen bei den Vorbereitungen sei auch das Thema „Netzwerkbildung“. Um eine Veränderung erfolgreich anzustoßen, sei es unabdingbar, sich aus eigener Initiative ein geeignetes Netzwerk aufzubauen, das „einen in seinen Interessen und Vorhaben versteht, unterstützt und weiterbringt“ (S. 120). Wie ein solches Netzwerk aussehen könnte, wo und wie man geeignete Partner kennenlernt, sollte bei der Konkretisierung des Projekts ebenfalls durchdacht werden. Dafür bietet das Kapitel verschiedene Anregungen.

Act

Phase fünf der SISCA-Methode schließlich widmet sich unter der Kapitelüberschrift „Act – Vom Denken zum Tun“ der Umsetzung der gefassten Ziele und sorgfältig erstellten Pläne. Getreu dem Motto „Es gibt nichts Gutes. Außer man tut es“ (Erich Kästner, zitiert auf S. 140) gilt es nun, die Hürden zu überwinden, die jemanden von der Realisierung seiner Pläne abhalten. Die berühmte „Aufschieberitis“ kann ein solches Hindernis sein, plötzliche Zweifel am Sinn der Aktion oder „kalte Füße“ angesichts der eigenen Courage.

Das Kapitel macht Mut, den ersten Schritt zu tun und empfiehlt, die eigene Motivation noch einmal bewusst werden zu lassen. Wer sich die Frage beantworte „Warum tue ich eigentlich das, was ich gerade tue?“ (S. 144), finde schnell wieder zu seiner Ausgangssituation und seinen Motiven für den Neuanfang zurück. Nicht abschrecken lassen sollte man sich, so der Rat der Autoren, von demotivierenden Aussagen anderer. „Killerphrasen“ wie z. B. „Das ist ja ganz nett, aber...“ (S. 148) sollten nicht überbewertet werden, stattdessen gelte es, das Glücksgefühl vorwegzunehmen, das sich einstellen werde, sobald der erste Schritt getan ist und der Erfolg in Sichtweite rückt.

Zehn Porträts im Reportagestil

Die trotz der „Gedankenausflüge“ mitunter etwas theoretisch anmutende SISCA-Methodik in diesem Buch erfährt einen inspirierenden Gegenpart durch die zehn Porträts von Menschen, die in der Lebensmitte einen ganz persönlichen Neuanfang gewagt haben. Im Reportagestil werden am Ende eines jeden Kapitels zwei Personen vorgestellt, die sich beruflich (und teilweise

auch privat) völlig neu orientiert und heute ihre wahre Berufung gefunden haben. Da ist zum Beispiel die erfolgreiche Finanzmanagerin Renate Krümmer, die sich mit 54 Jahren als Kunsthändlerin selbständig macht (S. 27 ff.). Oder der renommierte Fernsehredakteur und Drehbuchautor Peter Studhalter, der mit Ende 40 kündigt und nach einer Schaffenspause selbstgemachte Entschlackungssäfte vertreibt (S. 35 ff.).

Hierzu eine Anmerkung der Redaktion: Einige der Reportagen porträtieren herausragende Managerpersönlichkeiten, die wahrscheinlich keine Existenzängste befürchten mussten, als sie aus ihrem Beruf austraten. Diesen Beispielen fehlt die Übertragbarkeit auf durchschnittliche Angestellte, die ein ungleich höheres Risiko tragen, wenn sie sich für eine Kündigung und den Schritt in eine ungewisse Selbständigkeit entscheiden. Auch in Peter Birles Fall (S. 161 ff.) trifft dies zu: Als er sich entscheidet, das Leben eines hochbezahlten Bankers gegen das eines bescheiden lebenden Bergführers einzutauschen, ist er in der Lage „von den Erträgen seiner Ersparnisse“ zu leben, „weil er seinen Lebensstandard radikal nach unten schraubt“ (S. 166). Aus Sicht seiner Frau und seines Sohnes dürfte dieser Schritt jedoch vielleicht eher eine besonders radikale Form der Midlife-Crisis gewesen sein als ein erfolgreicher Neuanfang. Sie finden lediglich einen Abschiedsbrief von Birle vor, den er ihnen hinterlässt, bevor er für Jahre in die Berge zieht. Nicht unbedingt allgemein übertragbar ist auch die Geschichte von Doris Bockermann, deren „Lust auf Lernen“ im zweiten Bildungsweg so ungebremst ist, dass sie zum Studium in eine andere Stadt zieht, zum Geldverdienen Wochenendschichten im Krankenhaus arbeitet und „Mann und Tochter nur noch samstags oder sonntags“ sieht (S. 102).

Andere Beispiele dagegen sind aus Sicht der Redaktion eher von praktischem Nutzen für einen größeren Personenkreis: Das Ehepaar Bald, das sich nach 20 Jahren Berufstätigkeit im Einzelhandel und Burn-Out einen Pferdehof im Westerwald aufbaut (S. 127 ff.), oder Krankenschwester Miki Mircevska aus Mazedonien, die mit fast 40 eine Sprach- und Tanzschule für Kinder eröffnet (S. 77 ff.).

Fazit

Das Buch ist kurzweilig geschrieben und höchst lesenswert. Die zahlreichen Selbsttests und interessanten (wenn auch nicht immer auf einen größeren Personenkreis übertragbaren) Porträts machen es zu einer inspirierenden Lektüre. Die direkte Anrede im Text („Sie“) trägt zur unmittelbaren Betroffenheit bei. Die Erkenntnisse aus der Psychologie und der Managementforschung sind anschaulich aufbereitet und bieten dem Leser fundierten Stoff zum Weiterdenken. Lediglich der Titel ist aus Sicht der Redaktion etwas befremdlich gewählt: Denn wer möchte schon gern mit einem alten Gorilla („Silberrücken“) verglichen werden?

Zu dem Buch existiert auch eine Internetseite (www.sieg-der-silberruecken.de), auf der die Leser weitere Informationen zum Buch und den Autoren abrufen können.

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Stephanie Rüth (v. i. S. d. P.), s.rueth@sozialbank.de
Susanne Bauer, s.bauer@sozialbank.de

Jens Hayer, j.hayer@sozialbank.de (Gesellschaft)
Nurcan Karapolat, n.karapolat@sozialbank.de (Gesellschaft, Technologie)
Marina Klavina, m.klavina@eufis.eu (Europa)
Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de (Demografie)

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich